

Stadt Baden im Nahostkonflikt

Geri Müller will Stadtpräsident werden - und muss vor allem zu Israel Stellung nehmen

Geri Müller, grüner Nationalrat, wird im Wahlkampf in Baden wegen seiner Nähe zur Hamas kritisiert. Dies kümmert Jerusalem und allenfalls sogar ausländische Geheimdienste.

Sarah Nowotny

Der Nahe Osten beschäftigt die Politik im aargauischen Baden nicht zum ersten Mal. SVP-Politiker Andreas Glarner kämpfte 2007 mit dem Slogan «Baden oder Bagdad?» um einen Sitz im Nationalrat. Jetzt ist wieder Wahlkampf, und erneut müssen sich die Badener mit dieser fernen Weltgegend befassen. Geri Müller, grüner Nationalrat und Vize-Stadtpräsident, will am 3. März Stadtammann werden. Sein Gegner ist FDP-Mann Roger Huber. Doch an Podien, in den Medien und im Stadtgespräch stehen nicht etwa Stadtplanung und Verkehr im Vordergrund, sondern Müllers Verhältnis zu Israel.

Und dieses Thema interessiert nicht nur Baden. Diese Woche erschien in der israelischen Zeitung «Jerusalem Post» ein Artikel über Müller. Darin sagt Jonathan Kreutner, Generalsekretär des Schweizerisch Israelitischen Gemeindebunds: «Wir kritisieren Müllers Nähe zu Antisemiten und zur Hamas, welche Israel das Existenzrecht abspricht.» Zudem erinnert er daran, dass AKW-Gegner Müller in Interviews mit dem Atomprogramm des ebenfalls israelfeindlichen Iran sympathisiert hat und vor einigen Jahren an einer Demonstration teilnahm, an welcher der Davidstern mit dem Hakenkreuz gleichgesetzt wurde.

Müller und der Hamas-Financier

Dann kommt im Artikel Shimon Samuels vom Simon-Wiesenthal-Center gegen Antisemitismus zu Wort. Er befürchtet, Baden werde im Falle von Müllers Wahl Verfechter des heiligen islamischen Kriegs anziehen. Die 130 Mitglieder der dortigen jüdischen Gemeinde seien in Gefahr. Erwähnt wird auch, dass Müller 2012 drei Hamas-Mitglieder, darunter Sprecher Mushir al-Masri, im Bundeshaus empfangen hat. Al-Masri ruft etwa in einem Video im Internet die Frauen Gazas dazu auf, sich und ihre Söhne im Kampf gegen Israel zu opfern und so ganz Palästina zu befreien. Zudem hat Müller 2011 an einer Boykott-Kampagne gegen Israel mit dem Titel «Israelische Produkte? Kaufe ich nie!» teilgenommen. Dies erwähnt die «Post» nicht.

Nun kommt ein neuer Vorwurf hinzu. Es kursieren Dokumente, die aussehen wie Geheimdienstakten, deren Authentizität sich aber nicht überprüfen lässt. Darin heisst es, Müller stehe unter der Beobachtung ausländischer Geheimdienste. Der Grund: Er treffe sich regelmässig mit dem italienischen Staatsbürger D. L. Dieser hat eine Firma mit Sitz in Hergiswil, welche mit Gold und Edelsteinen

handelt. Laut den Unterlagen spielt der in Gaza geborene D. L. eine wichtige Rolle als Financier der Hamas. «Ich kenne diese Person nicht», sagt Müller. Es laufe eine Kampagne gegen ihn, die er durch heftige Reaktionen nicht noch weiter anheizen wolle. «Die Angriffe kommen von einer kleinen Minderheit», sagte er kürzlich der «Aargauer Zeitung». In Müllers Umfeld heisst es, Sacha Wigdorovits, PR-Berater mit jüdischen Wurzeln, solle Müller im Auftrag des Staates Israel politisch kaltstellen. Dieser dementiert: «Ich habe kein Mandat. Dafür fehlt mir nur schon die Zeit.» Nicht mehr äussern zur Causa Müller will sich Josef Bollag, Präsident der jüdischen Gemeinde Baden.

Antisemitische Beschimpfungen

Bisher hat Bollag an Podien und in Leserbriefen eifrig vor Müllers Wahl gewarnt. Er befürchtet etwa, Müller könnte die Hamas nach Baden einladen, und erwähnt Anschläge auf den jüdischen Friedhof in der Vergangenheit. Danach hat Bollag laut Eingeweihten Briefe mit antisemitischen Beschimpfungen erhalten. Bürgerliche Politiker raten ihm nun, den Ball flach zu halten. «Leider gibt es zum Teil den Reflex: Wenn es den Juden nicht passt, wählen wir Müller erst recht», hört man in Baden. Offiziell wird Müller von Links-Grün unterstützt.

Sein Gegenkandidat lässt sich nicht auf die Kontroverse ein. Roger Huber sagt: «Ich bin sehr erstaunt darüber, welche Dimension ein internationales Thema im lokalen Wahlkampf angenommen hat. Anonyme Vorwürfe sind nicht unser Stil, und ich nehme dazu nicht Stellung.»